

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin E 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotschwarz Berlin, Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin E 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Injerat“, Allgemeine Injeraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1925/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl. 27,60 M. in Berlin u. Orten m. el. Zustella. Postbezugspreis: Bestellschein 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12tbl. Wochenszeitung 35 Pf.; die 3tbl. Sonntagszeitung 2,50 M. Arbeiterorgan u. Familienorgan: 20 Pf. Kleinanzeigen: Textzeile 20 Pf., Überschriften 30 Pf., Arbeitsmarkt: 50 Pf.

## Heute: Neuer Milliardenraub durch Notverordnung!

# Thälmanns Kampfruf gegen Papen-Regierung

Riesenkundgebung in Darmstadt — „Wir sind zum Generalfreik gegen die Diktatur der Barone und Trutzherrn bereit!“

Darmstadt, 13. Juni. (Sig. Bericht.) In einer gewaltigen und überfüllten Massenkundgebung eröffnete gestern die Kommunistische Partei durch ein grundlegendes, mit ungeheurem Beifall aufgenommenes Kampfreferat des Genossen Ernst Thälmann ihre antifaschistische Wahlkampfstrategie.

Der gesamte antifaschistische Kampfkongress des Hessenlandes mit seinen 750 gewählten Delegierten und 800 Gastdelegierten, unter denen sich 165 Betriebsdelegierte aus 45 Großbetrieben und 41 Kleinbetrieben, 44 SPD- und 25 SA-Mitglieder, 11 SA-Mitglieder und 265 Parteiloze befanden, nahmen an der Massenkundgebung teil. Weiter waren 152 NSDAP-Mitglieder als Delegierte des Kongresses auf dem Massenmeeting erschienen.

Das Referat des Genossen Thälmann war das Signal des Massenangriffs der deutschen Antifaschisten, eine revolutionäre Kriegserklärung an das Papenkabinett, ein klammernder Appell für die rote Einheitsfront.

Aus den entferntesten Hessendörfern setzten sich schon in den frühen Morgenstunden die Marschkolonnen, Lastautomobile, ganze Trupps von Bauerndelegierten in Marsch, um die antifaschistische Kampfprede des Führers der KPD und der Antifaschistischen Aktion entgegenzunehmen.

Nicht endenwollende Beifallsstürme der Begeisterung brachen los, ungeheurer Massenjubel flammte auf, als, von einem Wall von roten Fahnen umflutet, unser Genosse Ernst Thälmann die überfüllte Darmstädter Festhalle betrat. Von allen Seiten erschollen begeisterte Hochrufe auf das JA, der KPD, und ihrem Führer Ernst Thälmann. Als Genosse Ditz dem Genossen Thälmann das Wort erteilte, brauste, von leidenschaftlicher Begeisterung getragen, die „Internationale“ durch den Saal.

Genosse Ernst Thälmann erklärte in seiner Rede zur faschistischen Gefahr in den neuen Notverordnungen der Papenregierung:

„Man will heute ganz Deutschland in ein Totenhaus, ein Land der Peitsche und des Säbels verwandeln. Wenn Brüning kürzlich sagte, wir ständen 100 Meter vor dem Ziel, so rufen wir Kommunisten den Massen zu: Wenn wir nicht dem Totengräber Kapitalismus die Hade aus der Hand schlagen und den Faschisten ihre Waffen aus den Händen, so stehen wir 100 Meter vor dem Friedhof.“ (Brausender Beifall.)

Nach einer Abrechnung mit der imperialistischen Kriegspolitik der Papenregierung erklärte Genosse Thälmann, unter stürmischem Beifall der Massen, im Namen der Kommunistischen Partei: „Wenn Leipzig vom NSDAP einst sagte, daß sich keine Regierung Deutschlands 24 Stunden ohne den Willen der Gewerkschaften halten könne, so sagen wir Kommunisten: Wir sind zum Generalfreik gegen die Diktatur der Junker, Barone und Trutzherrn bereit! Ihr SA- und NSDAP-Arbeiter, wenn ihr einzig und geschlossen im Kampfe steht, dann wird Papen so schnell laufen, wie er noch nie gelaufen ist.“

(Ausführlicher Bericht der Rede des Genossen Thälmann auf der 4. Seite des Hauptblattes.)

## Papen-Diktatur über Rundfunk

Der monarchistische Freiherr von Gagl, z. Zt. Reichsminister, hat einen Erlaß herausgegeben, wonach die Reichsregierung „nach Bedarf“ jeden Tag eine halbe Stunde den Rundfunk beschlagnahmt. Die Verkündigungen der Reichsregierung müssen von allen deutschen Sendern übernommen werden.

## Fälscher und Provokateure

Ein Philosoph des Altertums meinte, es sei alles schon einmal dagewesen.

Das Fälscherhändchen der Nazis, über das augenblicklich ganz Berlin redet, ist sicher schon mehr als einmal dagewesen. Es handelt sich dabei um einen der plumpesten politischen Gaunertricks: dem politischen Gegner die Mappe nehmen und gefälschte Dokumente, die ihn belasten, hineinpraktizieren. Aber ob so ein Vertriebsweg schon mal da war, auf die gefälschten Papiere ein Datum zu setzen, an dem der Verurteilte schon gar nicht mehr im Besitz der Mappe war — das wollen wir dahingestellt sein lassen.

Es handelt sich, wie unsere Leser schon gemerkt haben, um den Genossen Wollenberg, den man am 2. Juni im Pharisäal schwer verletzete und der am 11. Juni nach tags zuvor erfolgter Denunziation durch die Redaktion des „Angriff“ bei SPD-Ortsgruppe, von der Polizei verhaftet wurde. Als Ursache geben Polizei und Nazis übereinstimmend jene in die Mappe hineingeschmuggelten Zettel an, die wir bereits im Wortlaut vorgelesen veröffentlichen.

Es scheint, daß diesmal der Knallfrosch-Goebbels kleine Anfänger mit der Aufgabe betraut hat. Ganz abgesehen davon, daß die Schriftzüge des Arbeiters Erdner, der mit Wollenberg zusammen verhaftet wurde, ganz räppisch und schlecht nachgeahmt sind, haben die Herrschaften, von denen man nicht weiß, was größer ist, ihre Dummheit oder ihre Niederkraft, ausgerechnet auf das Dokument, das als Hauptbelastung dienen sollte, das Datum des 3. Juni gesetzt. Aber am 2. Juni war die Mappe Wollenberg schon gestohlen worden. Neben all den anderen

# Ungeheuerlicher Raubzug an Beschäftigten und Erwerbslosen!

Heute Notverordnung Papens — Beschäftigtensteuer bis 4 Prozent, Beamtenabgabe, Umsatzsteuerverhärfung für die kleinen Mittelständler, Salzsteuer, tiefer Abbau aller Erwerbslosenunterstützungen sowie der Sozial- und Kriegsbeschädigtenrenten!

Die Regierung Papen-Schleicher-Gagl, das Kabinett der Nazibarone, Generale und Trutzherrn wird heute seine finanzpolitische Notverordnung veröffentlicht, die nach Blättermeldungen folgenden Inhalt haben wird:

1. Einen Zuschlag zur Einkommensteuer aller Beschäftigten, von 1½ bis zu 4 Prozent, stufenweise ansteigend.
2. Eine einheitliche Steuer von 1½ Prozent ihres Einkommens für alle Beamte.
3. Die Aufhebung der Freigrenze für Umsatzsteuer bis zu 5000 Mark, die nur den kleinen Geschäftleuten zugute gekommen war.
4. Einführung einer Salzsteuer von 6 Pfennig für das Pfund Salz.
5. Senkung der Erwerbslosenunterstützung, der Krankenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung. Die Wohlfahrtsunterstützung soll von 50 Mark auf durchschnittlich 42,50 Mark im Monat gesenkt werden.
6. Senkung der Kriegsopfer- und Sozialrenten.

Die gestrige „Frankfurter Zeitung“ weiß zu berichten, daß in der Arbeitslosenversicherung eine Gesamtersparnis von 520 Millionen Mark durch Senkung der Unterstützung erreicht werden soll. Die Arbeitslosenunterstützung soll durchschnittlich um 23 Prozent gesenkt werden. Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung soll, statt bisher nach 20 Wochen, künftig schon nach 8 Wochen stattfinden.

In der Krisenunterstützung sollen die Unterstützungs-

leistungen durchschnittlich um 10 Prozent gesenkt und eine unbeschränkte Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden.

Die Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung soll um 15 Prozent gesenkt werden.

## Unentwäglich und unmenschlich!

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit hat sich mit einem geharnischten Protest an das Reichskabinett gewandt, dem vom Bund vorgeworfen wird, daß es durch die neue Notverordnung an der Kriegsofferversorgung abwärts 30 Millionen ein-sparsen will, nachdem die Versorgung seit 1929 bereits um 200 Millionen verringert wurde. Das Schreiben schließt:

„Wir protestieren ganz entschieden gegen die von der Regierung geplanten sozialreaktionären Maßnahmen. Durch die Notverordnungspolitik der Brüningregierung, die von der jetzigen Regierung ihre verhärfte Fortführung erfahren soll, sind immer wieder nur die ärmsten Bevölkerungs-schichten von diesen unentwäglich und unmenschlichen diktatorischen Sparmaßnahmen betroffen worden.“

Wir fordern von der Regierung, daß nicht nur sofort Schluß gemacht wird mit dieser so brutalen Sozialreaktion, sondern daß alle bisher ergangenen Notverordnungen, soweit sie Verschlechterungen für die werttätige Bevölkerung und insbesondere die Kriegs- und Arbeitsopfer brachten, mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.“

Diese Maßnahmen, die den Hungertums der Brüningregierung in erbarmungsloser Weise gegen die Hermiten der Armen und gegen alle noch Beschäftigten verhärfen, werden von der „nationalen“ Regierung Papen-Schleicher erlassen. Die Regierung, die mit dieser Geißel des Elends das arbeitende Volk züchtigen will, wird von der Nazi-partei gestützt. Die NSDAP trägt die volle politische Verantwortung für jede dieser ungeheuerlichen Volksbelastungen!

Goebbels' „Angriff“, in der Rolle eines Regierungsorgans, erdreistet sich, gestern diese ungeheuerlichen Notverordnungspläne zu verhüllen, aber dafür vierseitig auf seiner 1. Seite die Schlagzeile zu bringen: „Sanierung der Sozialversicherung — Die Pfriunden in der Höhe sollen entlastet werden.“

Würde es nach dem Willen der ministeriesseligsten Nazi-führer gehen, dann würden sich die Erwerbslosen noch die Haut vom Leibe ziehen lassen müssen. Die Naziführer sind Unterstützungsräuber.

Würde es nach dem Willen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer gehen, dann würden die Erwerbslosen widerstandslos auch den neuen Raubzug hinnehmen.

Die Betriebsarbeiter, Angestellten, unteren Beamten und Erwerbslosen sehen jetzt, was ihnen von der Regierung blüht, die das „Verbot“ der SA aufhebt und sich auf die Nazis stützt.

**Massenstreik und Massenaktion gegen den neuen ungeheuerlichen Raubzug, kämpfende rote Einheitsfront aller Betriebsbeschäftigten und Erwerbslosen ohne Parteiuunterschied — dazu rufen wir Kommunisten.**